

66. Andechser Europatag der Paneuropa-Union Deutschland

18. 10. 2026

Volksgruppen und kleine Einheiten stärken Europa

Erneuerung der christlichen Soziallehre gefordert / Nationalstaatlicher Zentralismus angeprangert / Familie, Mittelstand, Bauern und Gemeinden als Wurzeln der Freiheit

Andechs. Die „materialistischen Ideologien“ von Nationalismus, Marxismus und Kapitalismus zerstören nach Ansicht des Präsidenten der Paneuropa-Union Deutschland, des langjährigen CSU-Europaabgeordneten **Bernd Posselt**, die europäische Einigung und den demokratischen Rechtsstaat. Beim 66. Andechser Europatag seiner Organisation forderte Posselt als Gegenkraft eine Wiederbelebung der christlichen Soziallehre, wie sie mit den 1883 erarbeiteten Thesen von Haid in Böhmen ihren Weg nach Rom in die erste päpstliche Sozialenzyklika „Rerum novarum“ von 1891 gefunden hat.

Europa werde zur Zeit gleichermaßen von Zersplitterung und von Zentralismus bedroht. Dieser Zentralismus sei aber kein europäischer, sondern der im 19. und 20. Jahrhundert vorherrschende nationalstaatliche, der gleichzeitig Europa schwäche und die regionale und kommunale Ebene unterdrücke.

Gemeinsam mit der Freiburger Schule der Nationalökonomie, die von der Dynamik des Wettbewerbs ausgeht, und der evangelischen Sozialethik bilde die Katholische Soziallehre das geistige Rückgrat der derzeitigen EU-Verträge wie auch der Erneuerung des europäischen Wirtschafts- und Lebensmodells. Dieses unterscheide sich grundlegend sowohl vom Kollektivismus Chinas als auch vom Extrem-Individualismus der Vereinigten Staaten von Amerika, die zudem von den Weltherrschaftsphantasien der High-Tech-Milliardäre geprägt seien. Aus europäischer Sicht stehe der Gemeinwohl-Gedanke im Mittelpunkt, der bedeute, daß man sich für ein gedeihliches Zusammenleben auch dann einsetzen müsse, wenn man selbst davon keine Vorteile, sondern vielleicht sogar Nachteile habe: „Ohne Einsatz und Opferbereitschaft kann eine Gemeinschaft wie die EU in einer immer gefährlicheren Welt nicht überleben.“

Subsidiarität und Solidarität müßten miteinander ausbalanciert werden, denn ersteres bedeute Eigenverantwortung und letzteres tatkräftige Hilfe für Menschen in Not. Der Personalismus als zentraler Begriff der Soziallehre betone einerseits die Menschenwürde und damit die Eigenständigkeit jedes Einzelnen, sehe ihn aber zugleich als soziales Wesen, das sich nur in der Gemeinschaft entfalten kann und für diese Verantwortung trägt.

Bei einem Podium „Familie, Bauern, Mittelstand – Bausteine des freien Europa“ spielten einander die Münchner Stadträtin Alexandra Gaßmann, Vorsitzende von KINDERreich in Bayern e.V., Marlene Mortler, Bäuerin und ehemalige Europaabgeordnete, sowie Stefan Richter, Landesinnungsmeister des sächsischen Bäckerhandwerks, die Bälle zu.

Stefan Richter, Dorfbäckermeister in der fünften Generation aus der Lausitz, nannte kleine mittelständische Unternehmen, bäuerliche Landwirtschaft und die Familie Wurzeln des Baumes Europa, aus denen dieser seine Kraft schöpfe. Dort werde Eigenverantwortung gelebt und gefördert – für die persönliche Umgebung, für ein Fleckchen Erde, für Kollegen und Mitarbeiter oder für die Ernährung unserer Mitmenschen. Der Landesvorsitzende der Paneuropa-Union Sachsen betonte, daß es wichtig sei, daß sich in der Politik „auch Leute aus der Praxis aufmachen und ihre Themen nach vorne stellen“: „Es fehlen uns Menschen, die den

Rücken gerade machen. Deshalb müssen wir die Bereitschaft, eigenständig und verantwortlich zu handeln, schon im Rahmen der Ausbildung weitergeben.“

Alexandra Gaßmann, die neun Kinder erzogen hat und deren Mann als Metzgermeister tätig ist, hob hervor, daß die Erstverantwortung für die Familie zunächst bei den Eltern liege und nicht einfach an Institutionen wie Schule und Kindergarten delegiert werden könne. Wertvoll für die Gesellschaft sei auch die Diskussionskultur in der Familie, die allerdings viel Kraft brauche: „Bei uns zuhause diskutieren neun junge Erwachsene, mein Mann und ich jedes Thema. Dabei geht es oft heftig zur Sache.“ So setze man sich „mit den Dingen ernsthaft auseinander, lernt vernünftig zu denken, vor allem auch zuzuhören und echte Perspektivwechsel zuzulassen.“ Dies erfordere Zeit: „Ein wenig Quality Time am Rand des Arbeitsalltags reicht dafür nicht.“ Eltern von kinderreichen Familien würden oft ganz offen als „asozial“ diffamiert. Eine Stadt wie München, die sich ihrer Vielfalt rühme, verliere aber einen Teil dieser Vielfalt auch schon deshalb, weil Familien wegen des teuren Wohnraums beim dritten Kind wegziehen müßten.

Marlene Mortler, die jahrelang dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament angehörte und gleichzeitig durch massiven Rückhalt ihres Mannes weiter als Bäuerin tätig sein konnte, was von ihren Kindern und Enkeln fortgesetzt wird, nahm Politiker vor dem Vorwurf in Schutz, die Wirklichkeit nicht zu kennen. Parlamentarier müßten „sehr wohl praktischen Menschenverstand und Bodenhaftung gegenüber den Wählern aufbauen.“ Sie bemängelte das Mißtrauen, das den Landwirten seitens von NGOs, Journalisten und auch dem Gesetzgeber entgegengebracht werde. Bauern hätten selbst das Interesse, gute Arbeit zu leisten, und seien heute oft hervorragend ausgebildet. Deshalb dürfe man nicht den Einzelfall von schwarzen Schafen zur Grundlage für Gesetze machen.

Monsignore Peter Schallenberg, Professor am Lehrstuhl für Moraltheologie in Paderborn, untersuchte Grundlagen und neue Aktualität der Katholischen Soziallehre. Er orientierte sich an den Ausführungen von Papst Leo XIV. während dessen Frankreichreise, insbesondere am Gedankengut des christlichen Gründervaters der EU Robert Schuman, dem der Papst seinen Besuch im lothringischen Metz widmete. Ein Staat ohne Zivilgesellschaft sei nur Ideologie und der „Räuberbande“ aus der „civitas dei“ des Heiligen Augustinus vergleichbar: „Auch Räuberbanden dienen den Interessen ihrer Mitglieder, sind gut vernetzt und müssen ihr Ziel erreichen.“ Aber was fehle, sei das Gemeinwohl, das sich nicht auf das Bruttoinlandsprodukt beschränke. Augustinus stelle den Staat als Brücke dar zwischen dem verlorenen Paradies und dem noch nicht erreichten Zustand der Ewigkeit Gottes. In einer Welt, in der das Recht des Stärkeren gelte, könne Gerechtigkeit nur künstlich-kulturell hergestellt werden. Ziel sei dabei, daß jede menschliche Person sich bestmöglich auf die Ewigkeit Gottes vorbereiten könne. Da Gott die Liebe sei, gelte es, sich in diesem Leben schon „daran zu gewöhnen, wie Gott ist“. Deshalb habe der Staat die Aufgabe, die Möglichkeit für ein Leben in Freundschaft, Solidarität und Nächstenliebe zu schaffen. Die soziale Frage sei zur anthropologischen geworden: Es gelte, den Menschen vor „rein technischer Bewertung“ und Manipulation zu schützen. Subsidiarität bedeute nicht in erster Linie Delegieren, sondern, daß Entscheidungen auf der richtigen Ebene und mit der richtigen Priorität getroffen würden. Schallenberg zitierte Papst Benedikt XVI., der darauf verwiesen habe, daß schöpferische Minderheiten im Sinne des britischen Historikers Toynbee entscheidende Veränderungen herbeiführen könnten. Dies sei der europäische Auftrag der Christen.

Anne-Marie von Hassel, Verlegerin der Bayerischen Gemeindezeitung, referierte über „Städte und Gemeinden als Wurzeln der Freiheit“. Sie zeigte sich als glühende Europäerin, die aber gleichzeitig gegen unnötige Bürokratismen wie vor allem die zahlreichen Berichtspflichten, denen die Kommunen unterliegen, kämpft: „Europa zu lieben heißt nicht, jede EU-Verordnung zu lieben.“ Sie entwickelte eine Reihe von Vorschlägen für das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und der kommunalen Ebene. Europa solle Ziele bestimmen, nicht aber jeden Weg zum Ziel. Zu jeder Regel gehöre ein echter Subsidiaritätsnachweis, warum ein bestimmtes Problem nicht national, regional oder lokal gelöst werde. Die Verlegerin sprach sich dafür aus, daß in einem mehrstufigen und föderalistischen Europa klar erkennbar sein müsse, wer was entscheide. In diesem Prinzip liege auch die demokratische Bedeutung der Kommune: „Der Bürger sieht

genau, ob die Straße gebaut oder das Schwimmbad geöffnet wurde. Er kennt den Bürgermeister, er trifft ihn in der Bäckerei, beim Gottesdienst.“ Dies sei unbequem für den Bürgermeister, aber wichtig für die Demokratie.“

Im Namen des Klosters begrüßte Pater **Valentin Ziegler OSB** die 120 Gäste aus 12 Nationen auf Bayerns Heiligen Berg. Er verwies in seinem geistlichen Grußwort auf den Evangelisten Lukas, der am Sonntag gefeiert werde: Dieser sei als Realist Jesus nachgegangen und habe dabei auch Leid und Armut thematisiert. Der Glaube an Jesus Christus mache das Leben nicht einfacher, sondern anspruchsvoller, aber auch reicher und lebendiger. Der Streit von Großmächten um Wissen, Macht und Geld habe immer Rechthaberein, Unfrieden und Gewalttätigkeit hervorgerufen. Christen hätten aber eine besondere Verpflichtung, das Kleine nicht zu vergessen und aufzuzeigen, auf welchen Wurzeln und Grundwerten Europa aufbaue, das nicht zersplittern solle, sondern in dem auch kleine Regionen mit ihren Eigenarten, ihrer eigenen Kultur und Sozialisation zum großen Ganzen beitragen dürften.

Mit einem Abendprogramm bayerischer Volksmusik auf zwei Zithern, Gitarre und Kontrabaß verkörperte die „**Weberhof-Musi**“, die in Tracht mit Hut auftrat, Europas Wurzeln in der Heimat. Die passende Kulisse mit „Altem Wirt“ und „Königlich Bayrischer Posthalterei“ stellte zufällig das Bühnenbild der Machtlfinger Theaterfreunde.

Den Gottesdienst in der Wallfahrtskirche am Sonntag hielt der Erzbischof von Luxemburg, **Kardinal Jean-Claude Hollerich**, der betonte, daß der Mensch Gott nicht nur Verehrung und eine lebendige Beziehung schulde, sondern auch ganz klar die Liebe zum Nächsten. „Gott lieben, aber die Menschen verachten ist eine Verhöhnung Gottes.“ Zur Nächstenliebe gehöre auch die Beteiligung von Christen an der Politik und der Einsatz für Menschenwürde und Frieden. Als Vorbilder nannte er zwei Paneuropäer: Robert Schuman, der durch die Gründung der Montanunion weiteren Krieg zwischen Deutschland, Frankreich, den Benelux-Ländern und Italien unmöglich gemacht habe, und Richard Coudenhove-Kalergi, der nach dem Ersten Weltkrieg, als andere vom „Ende Europas“ geschrieben hätten, die Zerrissenheit des Kontinents nicht ertragen konnte und für eine friedliche Gemeinschaft der Völker Europas eingesetzt habe. Hollerich verbrachte 24 Jahre in Japan und hatte die Bibliothek seines Ordens in der früheren k.u.k. Botschaft in Tokio, wo Coudenhove 1894 als Sohn eines österreichisch-ungarischen Gesandten und seiner japanischen Frau geboren wurde.

Das abschließende Podium zum Thema Volksgruppen und Regionen moderierte der internationale Paneuropa-Vizepräsident **Dirk Voß**, der eine „Dysfunktionalität des Nationalstaates“ in Europa diagnostizierte: Dieser sei zu klein, um in der Welt eine Rolle spielen und den Bürger zu schützen, aber zu groß und abstrakt, um Heimat zu sein. Heimat sei mit prägenden Elementen wie Dialekt, Küche und Landschaft verbunden. Voß erläuterte auch die besondere Situation von Volksgruppen, die im Gegensatz zu anderen Minderheiten in der Demokratie nie die Chance hätten, zur Mehrheit zu werden: Deshalb brauchen Volksgruppen aktive Schutzrechte. Zugleich fungierten sie in Grenzräumen oft als Bindeglied zwischen den Nachbarstaaten.

Der Luxemburger Erzbischof **Kardinal Jean-Claude Hollerich** würdigte den Besuch von Papst Leo XIV. in Frankreich als kräftigen Impuls für Europa und für die christliche Erneuerung auch in sehr laizistischen westeuropäischen Ländern. Die Bischöfe der an Metz – wo einer der wichtigsten christlichen Gründerväter der Europäischen Union, Robert Schuman, einen Großteil seines Lebens verbracht habe – angrenzenden Diözesen hätten die Chance gehabt, jeweils zehn Jugendliche für diese Begegnung zu benennen und somit ihr Engagement für Europa zu unterstützen. Die meisten Bischofskonferenzen in Europa seien leider nationalstaatlich gegliedert, aber es gebe auch grenzüberschreitende wie jene rings um Metz, aber auch die in Skandinavien und auf dem Balkan, so Hollerich, der jahrelang an der Spitze der EU-Bischofskonferenz stand. Scharfe Kritik übte der Kardinal an den Grenzschießungen zwischen EU-Mitgliedstaaten während der Corona-Krise und auch heute. Bei Corona habe man sogar von seiten Deutschlands – natürlich ohne es zu wissen – den Tag ausgewählt, an dem 1940 die Nationalsozialisten Luxemburg abgeriegelt hätten, was

Wunden aufgerissen habe. Staat und Kirche seien zwar unterschiedlich in ihren Aufgaben, beide müßten sich aber an Idealen orientieren: „Das gelingt nicht immer. Gute Kritik hilft uns, unserem Auftrag gerecht zu werden.“

Erich Schneeberger, der Vorsitzende der bayerischen Sinti und Roma, hob hervor, daß die Sinti seit 700 Jahren im deutschsprachigen Raum lebten und sehr stark von dessen Kultur beeinflusst seien: „Wir sind seit sehr langem deutsche Staatsbürger und halten uns an deutschem Recht und Gepflogenheiten.“ Roma seien hingegen häufig eher von den Traditionen ihrer Herkunftsländern wie Rumänien, Bulgarien oder Rußland geprägt. Eine Ausnahme seien jene deutschen Roma, die seit 250 Jahren im Land lebten. Sie alle fielen unter den Minderheitenschutz des Europarates. 2018 habe er mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer einen Staatsvertrag abgeschlossen, in dem sich die Staatsregierung verpflichtete, die Vorgaben des Europarates praktisch umzusetzen. 2023 sei diese offizielle Vereinbarung mit Ministerpräsident Markus Söder verlängert worden: „Für uns ist es sehr wichtig, daß dies geschehen ist. Gerade wir bayerischen Sinti sprechen abgesehen davon allesamt bayerisch, denn hier im Freistaat ist unsere Heimat. Ich halte mich für einen Bayern!“

Nadja Polzer, die stellvertretende Obfrau der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen, informierte darüber, daß Österreich heuer am 7. Juli die Überarbeitung der Volksgruppengesetze beschlossen habe. Dies sei ein langer Prozeß auf der Grundlage des Österreichischen Staatsvertrages von 1955 gewesen. Den Kärntner Slowenen stehe das Recht auf ihre topographischen Bezeichnungen, zweisprachigen Unterricht und die Verwendung ihrer Sprache vor Gerichten und Verwaltungsbehörden zu. Insbesondere der Unterricht scheitere aber in der Praxis an Lehrermangel und Zersiedelung: „Viele Kärntner Slowenen ziehen nach Graz oder Wien, wo es keine entsprechenden Institutionen gibt, und kommen nicht zurück.“ Auch in Verwaltung und Gerichten fehle es an slowenischsprachigem Personal. Mit dem neuen Volksgruppengesetz würden Volksgruppenbeiräte eingerichtet, wo zukünftige Reformpläne ausgehandelt werden. Über eine neue, sehr umfassende Volksgruppenrechtsreform werde zunächst diskutiert. Einmal im Jahr müsse die Bundesregierung sich mit den nunmehr sechs anerkannten Minderheiten austauschen.

Der Präsident der Landesversammlung der deutschen Vereine in der Tschechischen Republik, **Richard Neugebauer**, legte dar, daß von den 3,2 Millionen Sudetendeutschen nach der Vertreibung im Gefolge des Zweiten Weltkrieges 300 000 geblieben seien, weil sie entweder als Fachleute gebraucht oder in den Besatzungszonen der Siegermächte nicht mehr aufgenommen wurden. Heute meldeten sich noch circa 20 000 zur traditionellen Minderheit, hinzu kämen weitere 20 000 Deutsche, die nach der Wende neu ins Land gekommen seien. In den Nachkriegsjahren habe man die in der heutigen Tschechischen Republik verbliebenen Sudetendeutschen bewußt zerstreut, weshalb es heute kaum noch welche gebe, die am Ort ihres Großvaters leben: „Dadurch spielen Dialekte, Volkslieder und Trachten bei uns keine so große Rolle, die Volksgruppe ist eher urban und zukunftsorientiert.“ Neugebauer würdigte zwei große Erfolge der letzten Zeit: den Sudetendeutschen Tag in Brünn, der viele Vorurteile ausgeräumt habe, und die Förderung der Tschechischen Regierung für den Erhalt deutscher Friedhöfe im Land. Noch wichtiger sei, daß es aufgrund der Europäischen Charta der Minderheiten- und Regionalsprachen gelungen sei, daß in 8 von 74 Landkreisen zumindest theoretisch ein Anrecht auf deutschen Schulunterricht bestehe. Um dies umzusetzen, bedürfe es allerdings finanzieller Mittel und deutschsprachiger Lehrer. Dieses Ziel halte er allerdings bei ein, zwei Grundschulen und Gymnasien pro Landkreis für erreichbar.

Auch **Dawid Statnik** der Vorsitzende des Bundes der Lausitzer Sorben (Domowina) bekannte sich zur Wichtigkeit der Europäischen Institutionen für die Volksgruppen und Minderheiten, die älter seien als die Nationalstaaten. Vor diesem Hintergrund könnten sich auch die Sorben in besonderer Weise auf die europäische Idee stützen. Die kleine sorbische Volksgruppe sei sehr präsent durch bildhafte Kultur und Folklore, es bestehe aber auch die Gefahr einer oberflächlichen Folklorisierung. Ober- und Niederlausitz seien sehr unterschiedlich und hätten zwei Sprachen, Ober- und Niedersorbisch. Diese könnten sich gegenseitig verstehen, bräuchten aber eine jeweils eigene Förderung. Genaue Zahlen gebe es nicht, denn in

Deutschland herrsche Bekenntnisfreiheit, was die Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe –Sinti und Roma, Dänen, Friesen oder Sorben - betreffe. Deren Bevölkerungsanteil dürfe vom Staat nicht zwangsweise ermittelt werden. Dies sei eine Reaktion auf die Unterjochung und industrielle Vernichtung von Volksgruppen durch den Nationalsozialismus. Statnik warnte vor einer zunehmenden Verächtlichmachung und Diskriminierung durch Nationalisten. Der Umgang eines Landes mit seinen Volksgruppen und Minderheiten sei ein Maßstab für den Zustand der Demokratie.

Paneuropa-Pressestelle, Dachauer Str. 17, D - 80335 München

Tel. +49 89 554683, Fax +49 89 99954914, paneuropa-union@t-online.de